

MOTION

von Livio Bundi, Tabea Estermann, Michael Felber, Christian Hegglin, Klemens Iten, Simon Leuenberger, Jill Nussbaumer und Vroni Straub

betreffend

Vernehmlassungen im Kanton Zug – Qualität der Gesetzgebung fördern

Das Büro des Kantonsrates wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Gesetzesvorschlag zur Regelung des Vernehmlassungsverfahrens zu unterbreiten. Es sind insbesondere folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- Gegenstand, Teilnehmerkreis und Adressaten
- Eröffnung und Durchführung (Verfahren)
- Formen, Fristen und Auswertung (Verfahren)
- Transparenz und Öffentlichkeit

Die gesetzliche Grundlage soll berücksichtigen, dass Einzelheiten auf Verordnungsstufe ausgeführt und konkretisiert werden können (unselbständige Verordnung). Bei Bedarf können auch verwaltungsinterne Formen der Mitwirkung und Vernehmlassung wie Ämterkonsultationen oder Mitberichte in der Gesetzesvorlage mitberücksichtigt werden.

Begründung: Soll ein Gesetz neu geschaffen oder überarbeitet werden, ist es für dessen politische Akzeptanz, Vollzugstauglichkeit und Qualität zentral, dass sich betroffene Organisationen, Verbände und Parteien in der vorparlamentarischen Phase des Gesetzgebungsverfahrens mittels Vernehmlassung einbringen können. Die Rückmeldungen aus dem Vernehmlassungsverfahren tragen wesentlich dazu bei, Regelungsbedarf und -umfang zweckmässig zu bestimmen sowie umsetzbare und akzeptierte Lösungen zu entwickeln.

Im Gegensatz zu fast allen anderen Kantonen und dem Bund kennt der Kanton Zug keine rechtlich verbindliche Grundlage für die Durchführung seiner Vernehmlassungsverfahren. Bestehende Abläufe basieren gemäss Auskunft der Staatskanzlei auf Usanzen, welche im verwaltungsinternen Organisationshandbuch festgehalten seien. Nach Ansicht der Motionärinnen und Motionäre besteht Aufholbedarf. So sind Einladungen und dazugehörigen Dokumente der kantonalen Vernehmlassungen in der Regel wohl abrufbar, indes Resultate und Auswertungen – anders als in fast allen Kantonen und dem Bund – nicht öffentlich zugänglich.

Hinzu kommt, dass sowohl die Durchführung wie auch die Zugänglichmachung von Vernehmlassungsunterlagen gegenüber Kommissionsmitgliedern in der Vergangenheit nicht immer einheitlich gehandhabt wurden – insbesondere bei parallelen internen und externen Vernehmlassungen. Dies verdeutlicht: Der Regelungsbedarf ist nicht nur theoretischer Natur, sondern auch praktisch gegeben.

Ein gesetzlich geregeltes Verfahren schafft Transparenz, stärkt das Vertrauen der Vernehmlassungspartnerinnen und -partner in den politischen Prozess, erhöht die Qualität der Rechtssetzung und somit auch ganz besonders die gesellschaftliche Akzeptanz und Praktikabilität im Vollzug.

Mit dem motionierten Anliegen wird eine ämter-, direktions- und gerichtsübergreifende, einheitliche Handhabung sichergestellt. Das bis anhin auf Usanz basierende Handeln der Behörden erhält eine gesetzliche Grundlage, was Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Gesetzgebungsprozess stärkt und zu einer hohen Qualität im Gesetzgebungsprozess beiträgt.